

Westfälische Nachrichten vom 04. Mai 2015

Leserbrief von Alfred Wolk zur Wohnungsmarktstudie der Stadt Warendorf

Paradox: Mehr Wohnungen für immer weniger Bürger

Die Bevölkerung der Stadt Warendorf ist seit 2002 um etwa 1.200 Einwohner geschrumpft. Und die Stadt schrumpft weiter: In den kommenden zwanzig Jahren wird sich die Bevölkerungszahl Warendorfs um weitere 3.000 Menschen verringern.

Obwohl immer weniger Menschen in Warendorf leben, sind in den letzten Jahren zahlreiche zusätzliche Wohnungen entstanden. Das im Auftrag der Stadt Warendorf erstellte Wohnungsbedarfsgutachten kommt daher im Kern zu dem Ergebnis, dass in Warendorf aus demographischer Sicht kein Neubaubedarf vorhanden ist. Die Zahlen des Gutachtens sprechen für sich: Aufgrund des dynamisch voranschreitenden Alterungsprozesses der Warendorfer Bevölkerung und der daraus resultierenden erhöhten Sterberate werden in Warendorf in den kommenden sieben Jahren 490 Wohnungen frei, danach weitere 1.100, insgesamt also rund 1.600 Wohnungen.

Paradoxe Weise fordern vor diesem Hintergrund zahlreiche Kommunalpolitiker die Ausweisung weiterer Baugebiete, da angeblich 700 Wohneinheiten fehlen (siehe WN vom 20.04.2015). Für immer weniger Bürger sollen mehr Wohnungen gebaut werden.

Die Ausweisung weiterer Baugebiete hat langfristig fatale Folgen:

1. Jedes neue Baugebiet trägt zur Erhöhung des zukünftigen Wohnungsüberhangs (Leerstand) bei.
2. Die Infrastrukturfolgekosten (z. B. Straßenbeleuchtung, Grünpflege, Kanalunterhaltung) steigen und müssen von immer weniger Bürgern aufgebracht werden.
3. Das Ziel, den Siedlungsflächenverbrauch zu reduzieren und die Natur zu bewahren, kann durch eine derartige Raumverschwendung nicht erreicht werden.

Um die Natur zu bewahren, den Charakter der Städte zu erhalten und das Klima zu schützen, müssen wir darüber nachdenken, wie wir mit dem auskommen, was wir schon haben, mit den bereits gebauten Wohnungen.

Durch die Ausweisung weiterer Baugebiete erfolgt eine sinnlose Zerstörung der Natur. Auch in Warendorf sollten im Interesse des Allgemeinwohls und insbesondere im Interesse der nachfolgenden Generationen kommunalpolitische Entscheidungen dem Ziel der Nachhaltigkeit und damit insbesondere dem Schutz der Natur verpflichtet sein.